

Der Halle vierteljährlich 2,50 M., bei  
regelmäßiger Zustellung 2,75 M., durch  
den Post 3,25 M., ansehl. Zustellungs-  
gebühren. Zeitungen werden von allen  
Kundensparten angenommen.  
Am antiken Zeitungs-Bericht  
unter „Saale- Zeitung“ eingetragen  
für unentgeltlich eingehende Manuskripte  
wird keine Gewähr übernommen.  
Redaktion: Dorotheenstraße 17;  
„Saale-Druck“ gedruckt.  
Verleger: Dr. Heinrich Br. 1140;  
Gedruckte Nr. 176; Verlagspreisliste  
(Blatt 3) Nr. 2005.

# Saale-Zeitung.

Einundvierzigster Jahrgang.

werden die Saalezeitung oder deren  
Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit  
20 Pfg. berechnet und in der Geschäfts-  
stelle, vom unteren Annahmestellen  
und allen Annoncen-Expeditionen an-  
genommen. Reklamen die Seite 75 Pfg.  
Erhöht wesentlich prämiert;  
Sonntags und Montags einmal,  
sonst prämiert täglich.  
Redaktion und Druck: Geschäfts-  
stelle: Dorotheenstraße 17;  
Verlagspreisliste: Blatt 3.

Nr. 73.

Halle a. d. Saale, Mittwoch, den 13. Februar

1907.

## Die Einigung des Liberalismus.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Das erfreuliche Erscheinen des Liberalismus in allen seinen  
Schattierungen hat der jetzigen Reichstagsarbeit hat, wie wir  
erwarten war, das Einigungsproblem wieder in den Vorder-  
grund der Diskussion gerückt. Zweifellos hat der Einigungs-  
gedanke selbst durch den für den Liberalismus günstigen  
Ausgang der Reichstagswahlen eine erhebliche Kräftigung  
erfahren. Aber auch ohne diesen Ansporn wären die schon  
vielerorts angerebten Einigungsversuche diesmal schwerlich  
erfolgreich verlaufen, nachdem in dem frankfurter  
Einigungsausschuß eine Zustanz geschaffen ist, welche  
die tatsächliche Zusammenfassung der entschiedenen liberalen  
Gruppen praktisch in die Wege leiten soll. Die Arbeit dieses  
Ausschusses, der, wie bekannt, aus vier Mitgliedern der  
Freiwiljigen Volkspartei, drei der Freiwiljigen Vereinigung  
und zwei der Deutschen Volkspartei zusammengesetzt ist, ist  
nur durch die Wahlen unterbrochen worden, wird aber jetzt  
wieder aufgenommen werden.

Es treffen die in Frankfurt zu diesem Zweck festgesetzten  
Wahlterminen durchaus das Richtige; sie vermeiden eine Ueber-  
ladung und sind geeignet, die Einigung organisch aufzu-  
bauen. Man sollte daher in dieser Hinsicht begrifflicher Un-  
gewißheit nicht beugen, sondern den Ausschuss erst am seine  
Arbeit heranzugehen und seine Vorschläge ausarbeiten lassen.  
Eine Vermittlung der Einigungsfrage ist in dem jetzigen  
Stadium ja glücklicherweise nicht mehr zu befürchten. Ein  
solches bedächtig schrittweises Vorgehen hat gerade die  
Freiwiljigen Volkspartei vor und nach der frankfurter Kon-  
ferenz mit Recht empfohlen, da es allein eine Gewähr dafür  
bietet, daß der engere Zusammenfluß der drei freiwiljigen  
Gruppen auch für die Zukunft Bestand hat.

Selbstverständlich wird das bei den Wahlen so erfol-  
greiche Zusammenwirken seiner Fortsetzung nunmehr auch in  
einem engeren Zusammenfluß zum Parlamente finden  
müssen. Zwar beland sich bei diesen Parteien bisher  
jeden bei der Belegung der Kommissionen und für die  
Wahlen in das Präsidium und das Bureau des Reichstags  
ein Kartellverhältnis; ebenso unterstützten sich diese drei  
freiwiljigen Parteien gegenseitig bei der Einbringung von  
Initiativvorschlägen. Immerhin war das nur ein lockerer  
förmlicher Zusammenfluß. Es wäre daher schon ein großer  
Fortschritt, wenn es sich ermöglichen ließe, daß die drei  
Gruppen von vornherein in allen den Reichstag be-  
schäftigenden Fragen und Vorlagen gemeinsam vorgehen  
und gemeinsame Anträge stellen. Erst dadurch wäre der  
Beneits geliefert, daß nicht nur ein tatsächlicher Zusammen-  
fluß möglich ist, sondern daß auch wirklich zwischen den  
bisher getrennten Gruppen des entschiedenen Liberalismus  
eine, auf gemeinsamen politischen Anschauungen basierende  
innerliche Annäherung stattgefunden hat.

Man darf zu den Führern der drei Gruppen das Ver-  
trauen haben, daß sie sich nach Kräften bemühen werden,  
diese parlamentarische Plattform zustande zu bringen. Das  
wird allerdings nicht ganz leicht sein; die Schwierigkeiten  
sind vielmehr, wenn bei allen drei Gruppen, woran wir  
nicht zweifeln, der gute Wille vorhanden ist, nicht unüber-  
windlich sein. Erst wenn durch ein derartiges harmonisches  
Zusammenwirken der drei freiwiljigen Fraktionen die parla-  
mentarische Aktionsfähigkeit des geeinigten entschiedenen  
Liberalismus ihre Feuerprobe bestanden haben wird, werden  
weitergehende Wünsche, die, wie wir wissen, vielfach im  
Reiche genährt werden, nämlich die Verdimlung aller  
drei Gruppen zu einer einheitlichen Partei, zu der großen  
liberalen Partei der Zukunft, ihrer Bewirkung näher-  
gerückt sein. Dann, aber auch dann erst, wird der Zeit-  
punkt gekommen sein, wo der entschiedene Liberalismus sich  
mit dem rechten Flügel des deutlichen Liberalismus, der  
nationalliberalen Partei, über Bildung einer liberalen  
Gesamtheit in Verbindung zu bringen verständig können. Auch  
in dieser Beziehung wäre jede Ueberladung von Uebel.

Die nationalliberale Fraktion des neuen Reichstags ist  
vordringlich noch ein unbeschriebenes Blatt Papier; sie fehlt  
in ihrem Personalbestande ganz erheblich verandert zurück.  
Ungefähr die Hälfte der Abgeordneten sind neue Männer,  
von denen man noch nicht weiß, ob sie mehr Gewicht auf  
das Nationale oder das Liberale in ihrem Programm legen,  
mit anderen Worten, ob sie mehr Verkirchungspunkte mit  
den Parteien der Rechten oder mit den Parteien der Linken  
haben. Kein Mensch — die nationalliberale Reichstags-  
fraktion eingeschlossen — kann heute schon mit einiger Be-  
stimmtheit sagen, welche Richtung in der neuen Fraktion die  
stärkere sein wird. Es ist möglich, daß durch den Einfluß  
der neuerwählten sächsischen Abgeordneten, die sämtlich auf  
den linken Flügel der Partei stehen, die liberale Grund-  
anschauung in der Partei wieder stärker zur Geltung  
kommt; aber eine positive Gewißheit für diese Annahme ist  
nicht vorhanden. Auf der anderen Seite sollte die Tatsache  
vor jeder Illusion warnen, daß von den 56 Mitgliedern der  
neuen Reichstagsfraktion nicht weniger als 32 nur mit  
Unterstützung des Bundes der Landwirte gewählt worden  
sind und zu diesem Zweck die weitgehenden agrarischen  
Konzeptionen haben machen müssen.

Die nationalliberale Partei steht zweifellos vor einem  
inneren Regenerationsprozeß, deren Entwicklung der ent-  
schiedene Liberalismus erst abwarten muß, ehe er feierlicher  
zu der Frage einer Gelambertung zwischen allen  
liberalen Parteien definitiv Stellung nehmen kann.

## Deutsches Reich.

Dof- und Personalnachrichten.

Der Kaiser empfing gestern im Belüen der Kaiserin vor  
Vorlage der Blätter für die Zentralisation auf Veranlassung der  
Säuglingskinderfürsorge vom Gesundheitsminister die Herren Geheim-  
rat, Dietrich, Heubner und Hoffmann sowie den Professor  
Wesell. Gesternmorgen empfing der Kaiser die Abordnung der  
sächsischen und rheinisch-westfälischen Ministerpräsidenten  
Schöler auf Verberedung der Justizminister des Großherzogs und  
der Würde des Ehrenballis des Ministerpräsidenten.

## Eröffnung des Reichstages.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Bekanntmachung des  
Selbstvertragers des Reichstages, wonach die Eröffnung des  
Reichstages am 19. Februar, 11 Uhr vormittags, im Weissen  
Saale des kaiserlichen Schlosses in Berlin stattfinden soll. Der  
Vorsitzende für die Evangelischen in der Schlußrede um  
10 Uhr, für die Katholiken in der Schlußrede um 10 1/2 Uhr.

## Schwere Wortwörter

gegen den bekannten Zentrumabgeordneten Müller-Fulda  
erhebt der Vorsitzende des Wahlkreises für die Wahl des  
Nationalliberalen Dr. Lucas im Wahlkreise Sanaus  
Gemeinschaften, Fabrikant Dr. Geranus. Er behauptet, daß  
Zentrumsmänner gegenwärtig in Sanaus im Besitz der  
Majorität in diesem Kreise. Dr. Geranus hat seinen  
Panauer Lokalblatte einen offenen Brief an den Abg. Müller-  
Fulda und laut darin u. a.:

„Der Abgeordnete! Sie haben in den letzten Tagen  
vor der Stichwahl bei Ihrer Kandidatur auch die Wahl des  
Herrn Dr. Lucas nicht angeordnet, welche nach meiner Ansicht  
das, was von liberaldemokratischer Seite an verhältnismäßig  
Bekanntem in der Wahlkreise zu finden ist, und die Sie als  
Führer der Zentrumspartei keine Absichten getrieben haben, im  
Wahlkreise heranzutreiben und für die Wahl eines Sozial-  
demokraten mit allen Mitteln Propaganda zu machen,  
allein wird Sie meines Erachtens aus der Reihe derjenigen  
Personen auscheiden, mit denen man in Zukunft noch  
über Wahlangelegenheiten Verhandlungen zu führen und Ver-  
einbarungen zu treffen in der Lage sein wird. Am 24. Jan.  
haben Sie an den Vorsitzenden der nationalliberalen Partei-  
organisation im Wahlkreise Sanaus in einem Brief  
geschrieben und die Frage angeordnet, ob nicht beide Parteien  
Verhandlungen treffen könnten, um den gemeinsamen Bewerber  
des Sozialdemokraten, aus dem Kreise zu schlagen, und 8 Tage  
später haben Sie mich durch Ihren Anwalt, den Herr Geranus,  
in einem sozialdemokratischen Kandidaten in meinem Wahlkreise zum  
Siege zu verhelfen. Dazu gehört eine Ehrlichkeitspflicht, die  
meines Erachtens weit über das Niveau des Erlaubten hinaus-  
geht. Aber als Sie haben, daß Ihre Briefe im stillen voran-  
schicklich nicht anstreifen würde, um dem Sozialdemokraten  
von Sanaus zu helfen, haben Sie im Wahlkreise durch  
Zeremonie mit Ihrer Unterstützung die Wahlkreise in einer  
Verletzung, gegen das Zentrum für die Sozialdemokraten zu  
stimmen. Womit! Darum nieder mit den Liberalen!“  
Sollte es Ihnen nicht gelingen, den einwandfreien Beweis zu  
erbringen, daß Sie das Opfer eines Wahlkreises geworden  
sind, so werden Sie selbst vor der Welt als ein Verbrecher  
Wahlkreise gerichtlich sein. Gehen Sie in einer  
Verletzung in Dresden, Kreis Sanaus, zu den drei  
Verwandten Wählern aus folgendes gelangt: „Ihr Vater,  
mit ihr dem nicht, daß Dr. Lucas das Wort gesprochen hat?  
Einem Mann, der sein Wort gesprochen hat, könnt ihr doch  
einer Ehre nicht geben.“ Herr Abgeordnete! Sie wissen,  
was man heute in der Welt als eine Ehre anerkennen  
wollen, nicht! Sie fordern Sie, die Sie auch in der  
redaktion, wie Sie einem Herrn, dessen Lob Sie in  
einer an der wenige Wochen vorher in den höchsten  
Tönen ausgesprochen haben, daß Sie nicht ohne Begründung  
zu ihm gehend und seinen Fleiß und seine pflanzliche  
Arbeit nicht schätzen gelernt haben, wie Sie einen Herrn, an dessen  
Ehrenhaftigkeit Sie nicht zweifeln, nicht schätzen gelernt haben,  
Zweifel bezweifelungen kann, in welcher Weise befehlen Sie  
Die Erregung über diese Art, wie ein Führer der Zentrumspartei,  
in meinem Wahlkreise eingegriffen haben, ist im ganzen  
Wahlkreise eine unangenehme. Sollten Sie nicht in der Lage  
sein, die oben angeführten Verbindungen zu entkräften, so  
wird, bestenfalls, die ganze sächsische Welt, wie ich  
hoffe, Ihren eigenen Kandidaten der eingekerkert, in dem Urteil  
einstimmig sein, welches heute in meinem Wahlkreise über Sie gefällt  
wird. Dr. Geranus.“

Rechtliche Wortwörter über mehrfache Kompromisse im Wahlkreise  
Wiesbaden erhebt gegen den liberalen Abgeordneten Müller-  
Fulda der unterlegene nationalliberale Kandidat Partling.  
— Herr Müller-Fulda wird zu beiden nicht schweigen dürfen.

## Zentrum und Episkopat in Bayern.

Der Neuenerwählung der bayerischen Zentrumsparteileitung  
hat nach langer und harter Debatte beschlossen, durch geeignete  
Mittelpersonen mit dem Episkopat in Verbindung zu treten, um  
Balkonismus (religiöse Beziehungen) welche bei den letzten  
Stichwahlen hinterhandeln bzw. eine vorübergehende  
zwischen Episkopat und Parteileitung zu sichern. Zu der Offensiv-  
lichteit soll jetzt, wie die „Bf. Bf.“ aus München meldet, über  
die Sache nicht mehr gesprochen werden.

## Bebel selbst sprach zugunsten des Zentrums.

Aus Karlsruhe meldet die „N. F. B.“: Man berichtet  
auch wieder, daß der Sozialdemokrat im allgemeinen und  
Herr Bebel im besonderen die öffentliche Meinung über die  
Stichwahlen abstimmen mit dem Zentrum parallel ist. Das ändert  
aber nichts an der Tatsache, daß vor allem wackelnde  
Führerkreise der Sozialdemokratie in der letzten Wahlbewegung  
nicht so sehr diese Konstellation vorbereiteten, teils als Ergebnis  
ihrer Verwirrtheit gegen den Liberalismus, teils deshalb, weil  
den bei überwiegen der öffentlichen Meinung weniger dieser  
Gelegenheit bietet, das Zentrum als weniger gefährliche und  
relativere Partei zu finden. Ent noch 1. Bebel selbst  
kurz vor der Hauptwahl vor etwa 400 Wählern in der Reichs-  
tunder Schlußrede nicht ohne sorgfältigen Widerspruch seinen Partei-

genossen einzuwenden gerückt, daß sie das Zentrum als das  
kleinere Uebel im Vergleich zum Liberalismus zu be-  
trachten hätten. Allerdings ist das Zentrum eine Gefahr, aber  
diesem werde der letzte Kampf gelten. Vorher müsse der  
Liberalismus vernichtet werden. Daraus ist zu  
erschließen, welcher Wert der Sozialdemokraten auf die  
Verhinderung der Sozialdemokratie aufkommt.

## Wie die Sozialdemokraten Sanaus ausliefern.

Aus dem Wahlkreise Sanaus-Sprettau wird der „Frei. Bf.“  
berichtet, daß der konservative Agrarier v. Volto seinen Sieg  
über den freiwiljigen Kandidaten Erdmann einig und allein  
der direkten Unterstützung durch die Sozialdemokraten  
zu verdanken hat. Im Vergleich der Zahlen, die bei der Haupt-  
Wahlverteilung abgegeben worden sind, ergibt unter  
Beziehung der Stimmenverhältnisse in folgenden Zahlen,  
daß etwa 900 Sozialdemokraten für den Konfess-  
votiven getimmt haben müssen.

## Professor Kahl-Berlin über „Das neue Straf- rechtbuch“.

Am Samstag sprach Professor Kahl in der Gesez-Stimmung  
in Dresden über das neue Strafgesetzbuch. Was zur allgemeinen  
Erläuterung der Notwendigkeit der Reform geführt hat, sind nach  
Kahl zunächst in erster Linie die unter dem wirtschaftlichen Ein-  
fluß vollzogenen Veränderungen in der Rechtschaffenheit der Ver-  
brecher und der Charaktere ihrer Verbrechen, die auffällige  
Zunahme der rückfälligen Verbrecher. Die Frage der fähigen,  
verwegenen Verbrecher ist im Allgemeinen und wird leben un-  
immer mehr denn als neuzeitlichen Kriminalität und geistlicher  
Wunderverbreiter hervorgehoben. Einmalige Straftaten gemindert.  
Das Strafrecht hat diesen Wandel nicht so sehr mitmachen  
können, vollzogen ein Verbrechen, das die feste Bindungen  
überhört worden. In der Arbeit der Reform streben sich nun  
bei der Veranwortung der Frage nach dem Verbrechen und dem  
Zweck der Strafe die Anhänger der Vergeltungstheorie, die so-  
ziale, klassische Schule, die Anhänger der Schultheorie, die so-  
ziale, moderne Schule, gegenüber, — die erstere, die Indeterministen,  
betrachten als Vorkämpfer der unbedingten Wertschätzung des Ver-  
brechens, die zweite als ein Verbrechen, das die feste Bindungen  
überhört worden, die Indeterministen betonen, daß die Strafe nicht  
zwecklos beizubehalten werden und diese durch die  
höchste Strafe führen muß. Die Indeterministen dagegen  
betonen den Verbrecher als eine logisch-politische Erscheinung,  
ein verantwortungsloses Produkt sozialer und anderer  
Faktoren, sie sehen die Strafe nicht als Sühne für die anti-  
sozialen Handlungen, sondern als Bestrafungsmittel und als  
einen Schutz für die Gesellschaft. Kahl ist immer ein  
Anhänger der alten Schule, aber er geht nicht so weit, zu ver-  
langen, daß der Verbrecher sich auf die eine oder andere Ansicht  
einfach festlegen solle. Er gestattet ihm Kompromisse. In, er  
macht der neuen Schule weitere Konzeptionen, denn er hat nicht  
dagegen einzuwenden, daß der eigentlichen Strafe, die bei Milder-  
verteilung, eine von Milder gleichfalls in der Strafe anzuführen,  
oder von einem anderen Beamten je nach dem Grade der Ver-  
letzung in der Zeit zu bestimmende Strafbüße angedeutet wird.  
Er ist als Anhänger der klassischen Richtung in der Rechtslehre  
gegen die bedingte Verurteilung, will aber doch die bedingte  
Verurteilung nach der ersten Verurteilung gelten lassen. Er  
ist auch ein Verehrer der Todesstrafe, aber er macht in  
dieser Hinsicht dem Vertreter der modernen Zeit Konzeptionen,  
indem er die Forderung aufstellt, daß im neuen Strafgesetzbuch  
kein Verbrechen mit dem Tode allein bestraft werden soll.  
Vielmehr soll der Richter auch bei Kapitalverbrechen die  
Möglichkeit der Todesstrafe, zwischen lebenslänglicher In-  
tervention und zwischen zeitlich bestimmter Gefängnisstrafe  
haben, damit er die Individualität des Verbrechers be-  
achten kann. — Dem interessierten Zeit seines Vortragens  
bietet naturgemäß die Ausführungen über die Individualität

## Wieder ein Zeugniszwangsverfahren.

Wieder ein Fall aus dem Gebiete des Zeugniszwangsver-  
fahrens nach dem „Vorwärts“ aus Gießen berichtet.  
Am 20. Oktober v. J. sollte eine 60jährige Tablierin Marie  
Krochowski in einem Ermittlungsverfahren gegen den  
Prokuristen Witrowsky bezeugen als Zeugin verurteilt werden  
sich aber sollte sie über den Inhalt ihrer Verurteilung,  
welche Witrowsky am 13. und 16. Februar v. J. erhalten hat,  
Aussicht geben. Sie verweigerte, ihr Zeugnis zu leisten und wurde  
wegen Zeugnisverweigerung zu einer Geldstrafe  
von 100 Mark eventuell 20 Tagen Haft verurteilt. Gleich-  
zeitig wurde sie zur Erzahlung eines Zeugnisses selbst  
in Haft genommen. Nach dreiwöchiger Haft ließ die Frau  
sich vorführen und bezeugte, daß sie am 18. Oktober gar nicht  
in der Sache gewesen und nicht in der Haft gewesen sei. Sie  
vom Altor gefahren, daß sie nicht gehört habe, was der Prokurist  
predigte. Da die arme Frau die 100 M. nicht zahlen konnte





